Dieses Blatt geht den Abonnenten von Dresden und Umgebung am Tage vorher bereits als **Vorabend-Blatt** regelmäßig mit der Post zu. Die Postbezieher am Morgen in einer Gesamtausgabe erhalten.

64. Jahrgang. № 340. Dienstag, 9. Dezember 1919.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr / Anzeigen-Preise. vierteljährlich in Dresden und Bayern bei zweimaliger Zutragung sowie bei einmaliger Zustellung durch die Post (ohne Briefgeld) 6,60 M., monatlich 2,20 M. Die einspaltige 27 mm breite Zeile 90 Pf. Auf Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, einspaltige Kin- und Verkäufe 75 Pf. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelpreis des Vorabendblattes 10 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 19395 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die Haltung der Alliierten.

Zuckerbrot und Peitsche.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Rotterdam, 8. Dez. Reuter meldet aus Paris: Der Oberste Kriegsrat hat dem Bericht Marschall Fochs zugestimmt. Der Alliertenrat hat einen Unterausschuß mit der beschleunigten Prüfung der Vorschläge des Obersten Kriegsrates beauftragt.

Paris, 7. Dez. (Havas.) Hinsichtlich des Austausches der Ratifikationsurkunden und der Inkraftsetzung des Friedensvertrages wird erneut die Einigkeit der Alliierten betont. Wir glauben mitteilen zu können, daß die Note in einem energischen Tone gehalten ist und daß die Verhandlungen über die Inkraftsetzung des Friedensvertrages, wie es von Deutschland gewünscht wird, für diesmal abgeschlossen sind. Das Inkrafttreten des Friedensvertrages wird die sofortige Freilassung der Gefangenen herbeiführen. Die durch die Versenkung der Schiffe bei Scapa Flow geforderten Kompensationen werden in einer besonderen Note beantwortet werden. Die deutsche Regierung wird nachdrücklich aufgefordert, das Protokoll über die Nichterfüllung des Waffenstillstandsvertrages zu unterzeichnen. Sonst wäre der Oberste Rat genötigt, Maßnahmen militärischer Natur zu ergreifen. Die Note wird von Dutasta dem Freiherrn v. Lersner persönlich übergeben werden.

Nach der Sitzung des Fünferrates traten die Delegierten der fünf Großmächte zu einer geheimen Sitzung zusammen, in der sie den Text der Antwort auf die Mitteilung festgestellt haben, die Frhr. v. Lersner am vergangenen Montag inbetreff des Zusatzprotokolls zum Friedensvertrage von Versailles dem Generalsekretär der Friedenskonferenz Dutasta gemacht hat. Der Beratung wohnten heute weder Marschall Foch noch Marschall Wilson bei. Wie der „Temps" sagt, handelt es sich nicht um ein Ultimatum, sondern um einen ausdrücklichen Befehl.

Basel, 8. Dez. Der Sonderberichterstatter der „Baseler Nationalztg." meldet aus Paris bezüglich der Note der Alliierten an Deutschland: Es ist sehr gut möglich, daß man mit Rücksicht auf den deutschen Bedarf an Hafenmaterial die Forderung der 400 000 Tonnen fallen läßt und auch auf die militärischen Zwangsmaßnahmen auf deutschem Boden verzichtet unter einer Voraussetzung, und das ist, daß Deutschland endlich mit seiner Umwälzung ernst mache und sich von dem imperialistischen (!), militaristischen (!) und monarchistischen (!) Geiste emanzipiere. Dann werde Deutschland so großes Vertrauen finden, daß man an die Durchsetzung gewisser wichtiger Bedingungen nicht mehr denken werde.

Abreise nach Paris.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 8. Dez. Die neue deutsche Kommission wird Mitte der Woche nach Paris abreisen. Die neue Kommission wird im direkten Funkenverkehr mit der Reichsregierung stehen, so daß diesmal ein schneller Abschluß der Verhandlungen mit Frankreich gewährleistet ist.

Verkehrseinschränkung in Frankreich.

Paris, 7. Dez. Wie der Verkehrsminister heute mitteilt, werden von morgen ab auf sämtlichen Eisenbahnlinien Frankreichs eine größere Anzahl Personenzüge zeitweilig nicht verkehren. Durch diese Maßnahme sollen die Verkehrsschwierigkeiten behoben werden. (WTB.)

Deutsche Arbeiter für Belgien.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Rotterdam, 6. Dez. „Daily Mail" meldet aus Brüssel: Der belgische Industrierat, der sich mit der Feststellung der Schadenersatzforderungen der belgischen Industrie an Deutschland befaßt, hat sich für die Entsendung deutscher Arbeiter in das belgische Aufbaugebiet entschieden.

England stellt die Rücksendung der Kriegs-Gefangenen ein.

Ein Leser unserer Zeitung stellt uns folgenden Brief seines Sohnes vom 28. November zur Verfügung: „Aus allen Nachrichten (einem höchst ironischen Artikel in der „Yorkshire-Evening Post", Schiffsnachrichten aus Deutschland, Nichtbeantwortung eines Gesuches an die War office um klare Mitteilung unseres Abtransportes) geht fast sicher hervor, daß wir zurückbehalten werden. Im ganzen sind noch die Lager Ripon und Ostwestry und die Scapa-Offiziere außer uns (Wakefield) da. Im ganzen etwa 6000. Anscheinend sind wir Geiseln oder es ist wegen der Verweigerung der Unterzeichnung des Protokolls in Paris der Abtransport gestoppt. Machtlos brüten wir und warten nun endlos hier weiter. Bitte, erkundigt Euch sofort an maßgebender Stelle und eröffnet sofort wieder Postverkehr. Ich rechne bestimmt, Weihnachten noch hier verleben zu müssen. Zu diesem Feste kann ich allerdings nicht mehr die sittliche Kraft aufbringen. Meine Geduld ist zu Ende, völlig! Vielleicht kommt doch noch einmal der Tag, wo wir mit der Waffe in der Hand diese Schufterei rächen."

Berlin, 8. Dez. Nach Londoner Meldungen hat die englische Regierung die Entlassung der Besatzung der bei Scapa Flow versenkten deutschen Schiffe aus der englischen Kriegsgefangenschaft bis zum Abschluß des eingeleiteten Gerichtsverfahrens verweigert.

Die Deutschen auf Föhr.

Dänische Agitatoren hatten auf der Insel Föhr Versammlungen einberufen, in denen, gegen ihre Absicht, Kundgebungen für das Deutschbleiben der Insel erfolgt sind.

Nach der Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 8. Dez. Unmittelbar nach Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin haben die Kommunisten mit der Wiedereinberufung von Massenversammlungen begonnen. In der nächsten Woche sind zahlreiche Versammlungen in Groß-Berlin einberufen, in denen für die Beseitigung der jetzigen Regierung agitiert werden soll.

Zur Aufhebung des Belagerungszustandes in Groß-Berlin wird mitgeteilt: Die Initiative zur Aufhebung des Belagerungszustandes ist von der Reichsregierung ausgegangen. Das preußische Kabinett hat im Gegensatz zu ihr mit allen gegen eine Stimme die Aufhebung widerraten. Trotzdem hat das Reichskabinett an seinem Beschluß festgehalten, und die preußische Regierung hat nunmehr diesen Beschluß zur Ausführung gebracht. Uebrigens handelt es sich bei der Aufhebung des Belagerungszustandes nicht nur um politische Dinge. Auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1851 hat vielmehr das Oberkommando z. B. das Spielklubverbot erlassen. Auch das Vorgehen gegen den wilden Straßenhandel, gegen verhetzende Flugblätter usw. war teilweise auf die Befugnisse gegründet, die der Belagerungszustand verlieh.

Spaltung im Metallarbeiterverband.

Berlin, 8. Dez. Heute abend fanden in Groß-Berlin Massenversammlungen der Metallarbeiter statt, die von ausschlaggebender Bedeutung für die Zukunft dieser größten Gewerkschaft Berlins sind. Nachdem der Metallarbeiterstreik verlorengegangen und das Vermögen des Verbandes so gut wie aufgebraucht ist, haben die radikalen Elemente in der Berliner Leitung des Verbandes den Antrag gestellt, daß zukünftig Mitglieder der S. P. D. mit dem Amt eines Funktionärs nicht mehr betraut werden dürfen. In den heutigen Versammlungen soll darüber beschlossen werden, und es wird voraussichtlich zu heftigen Auseinandersetzungen kommen. Auch in den Kreisen der U. S. P. D. herrschen scharfe Bedenken gegen die Ausschaltung der Mehrheitssozialisten. In einzelnen Betrieben ist es schon zu einem offenen Konflikt zwischen den beiden Parteien gekommen. So haben die Mehrheitssozialisten im Siemens-Konzern beschlossen, an den heutigen Versammlungen ihres Betriebes nicht mehr teilzunehmen, weil sie vergewaltigt werden und eine Zusammenarbeit mit den Unabhängigen nicht mehr möglich ist.

Arbeitsruhe in der Weihnachtswoche?

Berlin, 8. Dez. Auf Veranlassung der Demobilmachungsstelle für Nordbayern in Nürnberg hat sich das bayrische Ministerium für soziale Fürsorge mit dem Reichsarbeitsministerium wegen Einführung einer allgemeinen Arbeitsruhe unter gleichzeitiger Lösung der Lohnfrage in der Weihnachtswoche in Verbindung gesetzt. Die angestrebte Regelung soll für das ganze Reich einheitlich getroffen werden.

Und das jetzt, wo eigentlich Verdoppelung der Arbeitszeit vonnöten wäre!

Zum Marloh-Prozeß.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 8. Dez. Reichswehrminister Noske hat am Sonnabend in Gesprächen mit Mitgliedern der Nationalversammlung sich über den Prozeß Marloh dahin geäußert, daß die bisherigen Ergebnisse und unbewiesenen Beschuldigungen gegen den Obersten Reinhardt für ihn eine Entlassung des Obersten Reinhardt nicht rechtfertigen könnten.

Berlin, 8. Dez. In einer Anzahl Fabriken in Spandau und Berlin-Norden sind am Sonnabend Flugblätter verteilt worden, die zu Kundgebungen des Proletariats vor dem Moabiter Gerichtsgebäude am Tage der Urteilsfällung im Prozeß Marloh auffordern, sofern es zu einem Freispruch der angeklagten Militärs kommt.

Die Verhandlungen in Dorpat.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Die Friedenskonferenz der Randstaaten begann gestern in Dorpat und nicht, wie es auch geheißen hat, in Pleskau. Die Verhandlungen sind geheim. Die russische Abordnung besteht aus 20 Personen, darunter 7 Frauen. Leiter der Abordnung sind die Kommissare Krassin und Joffe, wozu noch Litwinow und Radek erwartet werden. Die russische Kommission brachte nach Dorpat großes Gepäck mit, darunter einen vollständigen Funkenapparat, um die Verbindung mit Moskau herzustellen. Sie bezog ein eigenes Haus; nur den Kommissaren ist völlige Bewegungsfreiheit gestattet. Der Geiselaustausch fand in Pleskau statt, und zwar wurden 31 estnische Geiseln gegen 26 russische ausgetauscht. Ueber die Friedensmöglichkeit verlautet, daß die Entente den Baltenstaaten erlaubte, einen modus vivendi mit Räterußland herzustellen.

Radek nimmt an der Dorpater Konferenz teil.

Berlin, 7. Dez. Wie wir erfahren, hat Radek, der vor einigen Tagen aus der Schutzhaft entlassen worden war, nunmehr Berlin verlassen, um an der Dorpater Konferenz teilzunehmen.

Umbildung der Sowjetregierung?

Helsingfors, 8. Dez. Die Lenin nahestehende „Prawda" erklärt, daß eine Umbildung der Sowjetregierung vorbereitet werde. Das neue Kabinett soll Koltschak und Denikin ein Friedensangebot machen

Vor neuen Vergewaltigungen.

Ausgerechnet der „Matin", das wildeste Hetzblatt der Franzosen, bringt die Nachricht, daß das Zusatzprotokoll Milderungen enthalte. Das Protokoll enthalte keine Aufforderung an Deutschland, die Note der Alliierten „innerhalb einer bestimmten Frist" zu unterzeichnen. Mit anderen Worten: es handelt sich nicht um ein formelles Ultimatum. Das, was uns bevorsteht, ist aber ebenso schlimm. Unterzeichnet nämlich die deutsche Regierung nicht, dann wird der Waffenstillstand gekündigt, dann wäre also wieder — Krieg. Wir müssen gestehen, daß uns der Gedanke keineswegs innerlich erbeben läßt. Krieg können nur die anderen ausführen, nicht wir. Einen einseitigen Krieg gibt es aber so wenig, wie einen einseitigen Frieden. Foch marschiert, besetzt vielleicht noch einige weitere Gebietsstrecken, insbesondere die rheinisch-westfälischen Industriebezirke. Aber das ist zweifelhaft, ist auch, wie die Dinge nun einmal liegen, für die Franzosen nicht unbedenklich. Mehr Kohlen als jetzt bekommen sie nämlich sicher nicht, wenn im Ruhrgebiete Marokkaner stehen. Wenn das Foch nicht sehr wohl wüßte, dann hätte er sich vermutlich diesen scheinbar sehr guten Bissen schon lange schmecken lassen. Hinsichtlich der Scapa-Flow-Frage soll unseren „vitalen Interessen" Rechnung getragen werden, selbstredend so, wie der Verband das auffaßt. Die Gefangenen sollen ausgetauscht werden, die militärischen Maßnahmen sollen sich im Rahmen des Friedensvertrages halten. Gerade hierüber weiß man aber nichts Genaues. Aus London verlautet nämlich, daß Foch zur Besetzung von Essen und Frankfurt a. M. bereit sei. Auch betont Havas die Energie der Note, der „Temps" meint sogar, es handle sich allerdings nicht um ein Ultimatum, sondern um einen „ausdrücklichen Befehl".

Nach alledem ist es klar, daß es mit dem, was der „Matin" als Entgegenkommen bezeichnen zu müssen glaubt, in Wahrheit nichts auf sich hat. Es scheint, als ob einige der vorher angekündigten Zwangsmaßregeln nicht gemildert, sondern bloß nicht so stark betont würden, um dadurch den Eindruck einer Milderung der Note hervorzurufen, und als die Ungeheuerlichkeiten, die sie sonst noch enthält, leichter durchdrücken zu können. Man will uns Sand in die Augen streuen. Was soll die Betonung der Tatsache, daß nach der Unterzeichnung des Protokolls die Kriegsgefangenen sofort heimgesandt würden? Mutet man uns denn zu, das als besondere Gnade zu begrüßen, was unser klares Recht ist? Man hat die Gefangenen über ein Jahr zu schmachvollem Frondienst gezwungen. Das war ein Unrecht und bleibt eins, auch wenn sich Clémenceau jetzt endlich zur Heimsendung entschließen sollte. Daß man diese himmelschreiende Vergewaltigung, diesen Mord an den Seelen von 500 000 deutschen Männern, nicht bis ins Endlose fortsetzen will, das ist wahrhaftig noch lange kein Entgegenkommen, sondern nur die Folge des Umstandes, daß endlich auch dem harthörigen Clémenceau die Ohren zu klingen anfangen infolge der Proteste, die überall erhoben werden. Und dann: wissen wir denn, ob die Gefangenenheimkehr nicht noch im letzten Augenblick mit neuen unmenschlichen Bedingungen belastet wird? Wir haben in dieser Hinsicht im Verlaufe des letzten Jahres so trübe Erfahrungen machen müssen, daß wir skeptisch wurden. Von der französischen Menschlichkeit oder Großmut etwas zu erwarten, haben wir längst verlernt. Gewalt, Niedertracht, bewußte und gewollte Demütigung des unterlegenen Feindes, das sind die Grundsätze der „Friedenspolitik" Clémenceaus. In keinem einzigen Falle hat er sie bisher verleugnet; daß diesem hartgesottenen Gewaltmenschen die Nähe des Weihnachtsfestes zu einer rein menschlichen Handlung bestimmen könnte, vermögen wir nach allem Bisherigen nicht zu glauben.

In der Tat sprechen ja auch die englischen Blätter ausnahmslos davon, daß Deutschland „scharf angefaßt" werden müsse, daß man die Besetzungszone ausdehnen und unter allen Umständen die Durchführung des Friedensvertrages erzwingen werde. Das macht nicht den Eindruck, als ob der Verband gewillt sei, auf die angekündigten militärischen Maßnahmen auch nach Friedensschluß zu verzichten. Bonar Laws kürzliche Aeußerung im Unterhause zwingt zu demselben Schluß. So jährt also der Völkerbund an. Irgendwelche Hoffnungen auf Amerika sind vergebens. Die Senatsdebatten in Washington haben für uns bisher doch nur die Wirkung gehabt, daß die Friedensfrage überhaupt zu einem Stillstand gekommen ist und die amerikanische Oeffentlichkeit das Interesse an den verwickelten Verhältnissen in Europa fürs erste und vielleicht für lange Zeit völlig verloren hat. Der Vorschlag des Senators Lodge, den Kriegszustand mit Deutschland für beendet zu erklären, wurde beiseite gelegt. Ob dem im Repräsentantenhaus gestellten entsprechenden Antrag, der ja noch einen langen Instanzenweg zu durchlaufen hat, ein besseres Schicksal beschieden sein wird, ist sehr zweifelhaft. Das alles sind aber natürliche Entwicklungen, sie waren vorauszusehen. Ein Staat gilt nur so viel, als er sich selber wert ist. Am 9. November 1918 wurde Deutschland bedingungslos den Feinden preisgegeben. Das ist die zentrale Tatsache, aus der alles andere entspringt. 14 Punkte, Völkerbund, das alles waren doch nur Phrasen. Heute schon sind sie überlebt. Tatsachen entscheiden, und eine Tatsache ist das Versailler Vertragsinstrument, das von den Feinden dazu benutzt wird, dem ohnmächtigen Körper des deutschen Volkes das Lebensblut abzuziehen. Diese Operation ist lebensgefährlich, auch heute noch. Darüber kann uns der (so oft getäuschte) Optimismus Erzbergers nicht hinweghelfen, ebensowenig irgendwelche Hoffnungen auf ein Wunder, das noch etwa geschehen könnte, sondern nur der Glaube an uns selbst, an unsere ewige Bestimmung als Volk, und der unbeugsame Wille als nationale Gemeinschaft leben zu wollen — trotz Clémenceau, trotz Lloyd George.

SLUB
Wir führen Wissen.